

Gremium	Sitzung am	Seiten insgesamt
Bau- und Entwicklungsausschuss	07.12.2023	

Sitzungsort	im Ratssaal des Rathauses, Mannheimer Str. 24
Sitzungsdauer	14:30 - 18:17 Uhr

Öffentliche und nicht öffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil des Protokolls sind.

Vorsitzender

Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Die Tagesordnung ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu dieser ordnungsgemäß, unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit im Sinne des § 39 Gemeindeordnung (GemO) liegt vor.

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.



Tagesordnung:Öffentliche Sitzung:

- 1 Teilflächennutzungsplan für Freiflächenphotovoltaikanlagen in der Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn
hier: frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
- 2 Bebauungsplan "Niedermehlinger Pfad / Im Sand, Änderung III" der Ortsgemeinde Mehlingen
hier: Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
- 3 Klosterruine Limburg
hier: Honorarbeauftragung für den 1. Bauabschnitt
- 4 Brandschutzmaßnahmen in der Pestalozzischule
hier: Vergabe der Schreinerarbeiten
- 5 Brandschutzmaßnahmen im Kinder- und Jugendbüro
hier: Vergabe der Metallbauarbeiten
- 6 Kommunale Wärmeplanung
hier: Vergabe der Ingenieurleistungen
- 7 Kommunales Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI)
hier: Beschluss der Maßnahmen
- 8 Erstellung eines jährlichen Berichts zur Situation hinsichtlich der städtischen Wohnungen
hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.09.2023
- 9 Bekanntmachung der Beschlüsse des Bau- und Entwicklungsausschusses vom 07.09.2023
- 10 Informationen
- 11 Anfragen

Anwesenheitsliste

Bau- und Entwicklungsausschuss

vom 07.12.2023

Bürgermeister:

Glogger, Christoph

Beigeordnete:

Brust, Karl

CDU:

Ester, Gerd

Hanke, Alexander

Hoffmann, Gisela

ab 15.00 Uhr, TOP 5

Kalbfuß, Thomas

Michler, Christine

ab 14.55 Uhr, TOP 4

SPD:

Kilian, Frank

bis 17.15 Uhr, TOP 11

Lang, Ralf

Ziencyk, Regina

Verteter für Stepp, Ina ab 14.40 Uhr

FWG:

Freunscht, Jürgen

Günther, Axel G.

Krauß, Uwe

FDP:

Brodhag, Peter

Bündnis 90/GRÜNE:

Bäuml, Horst

Maleri, Monika

ab 14.45 Uhr, TOP 3

Mühlbeier, Ralph

Verwaltungsmitarbeiter:

Janson, Kirsten

Müller, Petra

Petry, Dieter

Wietschorke, Steffen

Schriftführer:

Kaiser, Andrea

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Tagesordnungspunkt 1:

Teilflächennutzungsplan für Freiflächenphotovoltaikanlagen in der Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn

hier: frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Vorlage: 2023/0305/2.1

Sachdarstellung:

Frau Müller führt anhand den beigefügten Unterlagen in die Thematik ein. Der Teilflächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Enkenbach Alsenborn sieht ca. 826 ha für Freiflächenphotovoltaikanlagen vor. Dies entspricht ca. 6% der Fläche der Verbandsgemeinde.

Die Belange der Stadt Bad Dürkheim sind von diesen Planungen nicht betroffen.

Beschluss:

Zum Entwurf des Teilflächennutzungsplanes für Freiflächenphotovoltaikanlagen in der Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange keine Stellungnahme abgegeben. Sollten die Grundzüge der Planung nicht berührt werden, ist eine erneute Beteiligung im weiteren Verfahren nicht notwendig.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig
Ja: 14 , Nein: 0 , Enthaltung: 0 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 2:

Bebauungsplan "Niedermehlinger Pfad / Im Sand, Änderung III" der Ortsgemeinde Mehlingen

hier: Beteiligung der benachbarten Gemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Vorlage: 2023/0295/2.1

Sachdarstellung:

Frau Müller stellt den Bebauungsplan vor. Die Belange der Stadt Bad Dürkheim werden hiervon nicht berührt.

Beschluss:

Zum Bebauungsplan "Niedermehlinger Pfad / Im Sand, Änderung III" der Ortsgemeinde Mehlingen wird im Rahmen der Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB keine Stellungnahme abgegeben da die Belange der Stadt Bad Dürkheim nicht berührt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig
Ja: 14

Tagesordnungspunkt 3:

Klosterruine Limburg

hier: Honorarbeauftragung für den 1. Bauabschnitt

Vorlage: 2023/0287/2.2

Herr Petry erläutert die geplante Vergabe anhand der Vorlage.

AM Brodhag schlägt die Überlegung zum Ankauf des Gerüsts vor, da hierfür ansonsten Kosten von ca. 1,7 Mio€ netto anfallen. Herr Petry bestätigt, dass dies seitens der Stadt auch in Betracht gezogen wird. Er gibt jedoch zu Bedenken, dass auch die Lagerung des Gerüsts geklärt werden muss und für die Auf- und Abbauarbeiten eine Qualifizierung der entsprechenden Mitarbeiter gegeben sein muss. Daher kann hier noch keine abschließende Entscheidung getroffen werden.

Beschluss:

Der Auftrag für die Entwurfs- und Ausführungsplanung wird an das Ing.-Büro Kayser + Böttges aus München / Mainz über € 66.977,17 brutto erteilt. Die Kosten für die Planungsleistungen sind im Haushalt 2024 veranschlagt. Die Beauftragung von Schritt 2 (Ausschreibung und Bauleitung) ist abhängig von der förmlichen Bewilligung durch Bund und Land.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig
Ja: 15

Tagesordnungspunkt 4:

Brandschutzmaßnahmen in der Pestalozzischule

hier: Vergabe der Schreinerarbeiten

Vorlage: 2023/0285/2.2

Herr Petry führt aus, dass auf Grund des Denkmalschutzes in der Pestalozzischule ein besonderes Brandschutzkonzept ausgearbeitet wurde. Es sollen hierfür alle Türen der Klassenzimmer durch spezielle Türen ausgetauscht werden. Hierfür kommen nur wenige qualifizierte Firmen in Frage.

In der Ausschreibung wurde anstatt den kalkulierten Kosten von ca. 7.500€ pro Tür ein Preis von ca. 12.000€ pro Tür genannt. Auf Grund der benötigten Anzahl von Türen ist das geplante Auftragsvolumen erheblich überschritten. Es wird daher empfohlen, die Ausschreibung aufzuheben.

Die Verwaltung prüft, inwieweit durch eine Einzelabnahme einer anderen Ausführung der Türen der Brandschutz auch gewährleistet werden kann. Hierfür ist eine Abstimmung mit der Kreisverwaltung und dem zuständigen Ministerium erforderlich.

AM Lang fragt nach, ob unter den gegebenen Umständen aktuell noch Unterricht in der Pestalozzischule stattfinden kann, da der Brandschutz zurzeit nicht gewährleistet ist. Die Verwaltung erläutert, dass keine Nutzungsuntersagung durch die Kreisverwaltung beabsichtigt ist.

Beschluss:

Die Ausschreibung für die Schreinerarbeiten im Rahmen der Brandschutzmaßnahmen in der Pestalozzischule wird wegen der erheblichen Kostenüberschreitung des Ausschreibungsergebnisses aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig
Ja: 16

Tagesordnungspunkt 5:

Brandschutzmaßnahmen im Kinder- und Jugendbüro
hier: Vergabe der Metallbauarbeiten
Vorlage: 2023/0286/2.2

Herr Petry erläutert die Planung anhand der Tischvorlage.

Im Dachgeschoss ist kein zweiter Fluchtweg erforderlich, da hier die Anzahl der Teilnehmer (Schlarb-Bibliothek und Schachclub) sehr gering ist und die Personen durch Anleitern der Feuerwehr evakuiert werden können.

AM Wolf und AM Lang sprechen sich ausdrücklich für die Auftragsvergabe aus, um im Jugend- und Kinderbüro zeitnah wieder Veranstaltungen durchführen zu können. Das ist man der Dürkheimer Jugend schuldig.

Beschluss:

Die Firma Schartner wird mit der Ausführung der Stahl- und Metallbauarbeiten für die Errichtung des 2. Fluchtweges am JuKiB zum Preis von 165.978,26€ brutto beauftragt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig
Ja: 17

Tagesordnungspunkt 6:

Kommunale Wärmeplanung
hier: Vergabe der Ingenieurleistungen
Vorlage: 2023/0294/2.1

BGM Glogger führt in die Thematik ein und hebt ausdrücklich hervor, dass Bad Dürkheim hier eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Die Zusage für den Zuschuss liegt bereits vor, wohingegen andere Kommunen auf Grund der Haushaltslage des Bundes derzeit keinen Antrag mehr stellen können.

Frau Janson stellt das Ausschreibungsverfahren anhand der Tischvorlage dar und erläutert die Vorgehensweise. Die Ausschreibung und das Ergebnis ist hauptsächlich der guten Arbeit der Klimamanagerinnen zu verdanken.

AM Bäuml fragt nach dem Zeitplan zum Abschluss der Wärmeplanung. Die Verwaltung erläutert, dass eine Bearbeitungszeit von 12 Monaten geplant ist; eventuell wird eine Verlängerung durch den Gesetzgeber gewährt, da auch der Gesetzgeber hier erst noch Erfahrungen sammeln muss.

AM Ester fragt nach der Bedeutung von Fokusgebieten und wer diese festlegt. Die Verwaltung führt aus, dass hierfür Grundlagendaten durch den Auftraggeber zur Verfügung gestellt werden und der Auftragnehmer zusammen mit der Stadt auf Grund von vorhandenen Wärmeabnehmern hier Fokusgebiete festlegt.

AM Bäuml weist auf den großen Umfang von Informationen hin, welche seitens der Verwaltung für den Auftragnehmer bereitgestellt werden müssen und fragt nach, ob dies durch die Klimamanagerinnen geleistet werden kann. Die Verwaltung führt aus, dass die kommunale Wärmeplanung auf jeden Fall ein Schwerpunktthema und Hauptaufgabe wird. Auf Grund der Wichtigkeit des Themas müssen gegebenenfalls andere Themen zurückgestellt werden.

AM Brodhag fragt nach der Möglichkeit, Ausgaben auf die Stadtwerke zu übertragen, da diese vorsteuerabzugsberechtigt sind. Die Verwaltung verneint diese Möglichkeit, da die Förderung die Stadt erhält und hier auch die Aufwendungen nachgewiesen werden müssen.

AM Wolf interessiert sich für die weitere Vorgehensweise zur Ausarbeitung der Wärmeplanung. Die Verwaltung informiert, dass die Einsetzung einer Lenkungsgruppe zur besseren Zusammenarbeit überlegt wird. Natürlich sind laufende Informationen über den aktuellen Sachstand und auch eine Vorstellung der Zusammenarbeit im Bau- und Entwicklungsausschuss geplant.

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Entwicklungsausschuss beschließt die Vergabe der kommunalen Wärmeplanung an die Team für Technik GmbH aus Karlsruhe.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig
Ja: 17

Tagesordnungspunkt 7:

Kommunales Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI)

hier: Beschluss der Maßnahmen

Vorlage: 2023/0288/2.1

Die Verwaltung erläutert die Rahmenbedingungen für die Beantragung der KIPKI-Mittel. Der Austausch der Straßenbeleuchtungsmittel in LED ist nicht förderfähig, da in den letzten Jahren diese Maßnahme bereits als laufende Maßnahme im städtischen Haushalt aufgeführt ist. Auch die Photovoltaikanlage auf dem Gebäude des Baubetriebshofs ist nicht förderfähig, da diese im Eigentum der Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH steht.

Der Klimabeirat hat die auf der Vorlage aufgeführte Auflistung beraten. Es sollten die Mittel für das Förderprogramm der Balkon-PV-Module um 20.000€ auf 20.000€ reduziert und dafür die Mittel für die LED-Umrüstung im Rathaus um 20.000€ auf 138.000€ aufgestockt werden.

AM Lang fragt nach den Richtlinien zur Förderung der Balkonkraftwerke. Die Verwaltung erläutert, dass erst nach Beschluss und Genehmigung des Haushaltsplanes für 2024 die Fördervorschrift ausgearbeitet wird. Im Rahmen der KIPKI-Förderung ist eine Auszahlung der Förderung erst möglich, wenn die Genehmigung des KIPKI-Antrags vorliegt.

Sollte eine Förderung der Balkonkraftwerke im Rahmen des KIPKI-Programms nicht möglich sein, erfolgt diese direkt aus dem städtischen Haushalt.

AM Wolf regt an, die KIPKI-Förderung entsprechend zu beantragen. Im Zweifelsfall spart dies der Stadt Haushaltsmittel, die anderweitig eingesetzt werden können.

AM Bäuml zieht die Einrichtung von Carsharing in den Stadtteilen vor und hierfür eine Förderung zu beantragen. Dies wird seitens der Verwaltung in Frage gestellt, da der Betrieb des Carsharing durch Stadtmobil erfolgt und nicht durch die Stadt.

Beschluss:

Der Bau- und Entwicklungsausschuss beschließt die KIPKI-Fördermittel für die in der Tabelle aufgeführten Maßnahmen beim Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität zu beantragen. Die Tabelle wird dahingehend geändert, dass die Mittel für das Förderprogramm Balkon-PV-Module auf 20.000€ reduziert und die LED-Umrüstung Rathaus auf 138.000€ erhöht werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig
Ja: 17

Tagesordnungspunkt 8:

Erstellung eines jährlichen Berichts zur Situation hinsichtlich der städtischen Wohnungen
 hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.09.2023
 Vorlage: 2023/0290/2.5

AM Bäuml erläutert den Antrag seiner Partei. Im Rahmen von Vorgesprächen mit Fachleuten wird von diesen empfohlen, mit 180 Wohnungen keine großen Schritte, sondern sukzessive Maßnahmen durchzuführen. Hierzu wird die Ausarbeitung eines transparenten Berichtswesens als guter Einstieg gesehen. Darauf aufbauend soll schrittweise die Modernisierung der Wohnungen und die Vergrößerung des Wohnungsbestands erfolgen. Mit dem Erreichen von ca. 300-400 Wohnungen ist eine organisatorische Abgrenzung z.B. in einem Eigenbetrieb sinnvoll

Herr Petry berichtet über die Rahmenbedingungen zur Modernisierung der städtischen Wohnungen. Dazu gehören auch die Förderkulisse der ISB, die erforderliche Umsetzung der Mieter, der personelle Besetzung zur Betreuung der Arbeiten sowie die städtische Haushaltslage. Anhand einer Präsentation erläutert Herr Petry die Lage der städtischen Mietwohnungen und auszugsweise die kontinuierlich fortgeführte Datenerhebungsliste der Mietwohngebäude.

AM Lang führt aus, dass in den vergangenen Ausschusssitzungen bereits eine Prioritätenliste unter Berücksichtigung der Mieterstruktur und einer vernünftigen Wohnstruktur besprochen wurde.

AM Zienczyk regt an nach dem Abriss der Wohngebäude Triftweg 50-58 dort ein städtisches Wohnprojekt zur Vermeidung von Vereinsamung mit Café und Kinderbetreuung zu errichten. Hierdurch können auch soziale Brennpunkte entschärft werden.

AM Brodhag wünscht sich eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für den Abriss und Neubau der Wohngebäude Triftweg 50-58 durch die städtische Finanzabteilung.

Beschluss:

Die Verwaltung stellt bis Ende des Jahres 2024 einen Jahresbericht zur Situation hinsichtlich der städtischen Wohnungen auf, macht diesen den Gremienmitgliedern zugänglich und schreibt diesen jährlich fort.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig
 Ja: 17

Tagesordnungspunkt 9:

Bekanntmachung der Beschlüsse des Bau- und Entwicklungsausschusses vom 07.09.2023
 Vorlage: 2023/0292/2.4

Herr Petry gibt die Beschlüsse aus den Sitzungen des Bau- und Entwicklungsausschusses vom 07.09.2023 bekannt. Die Ausschussmitglieder haben keine Anmerkungen.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Tagesordnungspunkt 10:

Informationen

Herr Wietschorke informiert über den aktuellen Sachstand der Therme anhand einer Präsentation. Die Rohbauarbeiten sind weitestgehend fertiggestellt. Anlässlich des Baufortschritts findet am 12.12.2023 um 15.00 Uhr ein kleines Richtfest mit dem Stadtrat statt. Auch die Mitglieder des Bau- und Entwicklungsausschusses sind herzlich eingeladen.

Mit der Montage der Glasfassade im Thermen- und Saunabereich wird im Februar begonnen.

Frau Müller erläutert auf Grund der Presseberichte über die Vorstellung von möglichen Windrädern in der Ortsgemeinde Gönnheim über die aktuellen Entwicklungen anhand einer Präsentation. Zukünftig wird die Stufe 3 der landesweit historischen Kulturlandschaften (Hügelland an der Haardt) nicht mehr als Ausschlussgebiet für die Windkraftnutzung auf Ebene des Regionalplanes definiert sein und kann mit Windräder bebaut werden.

Tagesordnungspunkt 11:

Anfragen

AM Brodhag bittet um Protokollierung, dass er sein Abstimmungsverhalten zum Haushalt 2024 ändern möchte. Er votiere ausdrücklich gegen die Baumaßnahme Brunnenhalle. Auf Grund der Wirtschaftlichkeitsberechnung der städtischen Finanzabteilung zieht er seine Bedenken gegen die Modernisierung der Mietwohngebäude Friedelsheimer Straße 26+28 zurück.

AM Kilian informiert, dass der Hauptweg im Kurpark zwischen Ludwigskirche und Kriegerdenkmal nicht beleuchtet ist. Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

AM Kilian teilt mit, dass der Straßenbelag in der Mannheimer Straße nach der neuen Asphaltierung Unebenheiten aufweist. Der Verwaltung ist der Sachverhalt bekannt und ist in Klärung mit der ausführenden Firma. Der Straßenabschnitt bleibt vorerst unter Beobachtung. Eventuell wird sich der Belag bei höheren Temperaturen verändern.

AM Wolf berichtet, dass gemeldete Mängel im Mängelmelder lange unbearbeitet stehen. Die Verwaltung informiert, dass dies hauptsächlich auf die Straßenbeleuchtung zutrifft. Sie sagt zu, in einer der nächsten Sitzungen detailliert zu berichten.